

s.B.32.11.Israel

p.B.25.60.12.

s.B.33.21.Jord.

- MLS/by

Bern, den 4. Februar 1971

Notiz an Herrn Botschafter Luy1. Sicherheitsmassnahmen

Im Zusammenhang mit den von palästinensischer Seite geäusserten Drohungen, wurde allen unseren Botschaften, vor allem aber denjenigen im Nahen Osten, wiederholt empfohlen, die Regierung ihres Residenzlandes zu ersuchen, alle Massnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit schweizerischer Staatsangehörigen und schweizerischen Eigentums zu gewährleisten.

2. Wahrung der schweizerischen Interessen in den von Israel besetzten Gebieten

Unsere Konsularagentur in Ost-Jerusalem wurde bereits vor dem 6-Tage Krieg 1967 provisorisch geschlossen. Da in den von Israel während dieses Krieges besetzten Gebieten, vor allem in Ost-Jerusalem und in Zisjordanien, unsere Botschaft in Tel-Aviv nicht zuständig ist, fragten wir die belgische Regierung an, ob sie bereit wäre, ihr Generalkonsulat in Ost-Jerusalem zu ermächtigen, die schweizerischen Interessen in diesen Gebieten wahrzunehmen. Es wurde seinerzeit vereinbart, dass uns die belgische Vertretung regelmässig über ihre Tätigkeit in bezug auf die Betreuung der Schweizer orientiere. Da sich aber bisher keine besonderen Probleme ergaben, unterblieb diese Berichterstattung.

3. Sondierung zur Eröffnung eines Palästina-Büros in Genf

Siehe Beilagen: Kopie der Notiz vom 14. Januar 1971 von Herrn Minister Gelzer und Protokoll über die Aussprache mit

- 2 -

mit Vertretern der Fremdenpolizei und der Bundespolizei bei Herrn Minister Gelzer am 27. Januar 1971.

4. Bruno Breguet

Ende Juni 1970 wurde in Israel der schweizerische Staatsangehörige Bruno Breguet verhaftet, da er bei seiner Ankunft in Haifa Sprengstoff auf sich trug. Ein Militärgericht verurteilte ihn Ende November 1970 wegen illegalen Besitzes von Waffen zu 15 Jahren und wegen Verhaltens als ob er ein Mitglied einer Terroristenorganisation gewesen wäre zu 7 Jahren Gefängnis; die beiden Strafen werden aber nicht addiert. Der Anwalt des Schweizer hat gegen das Urteil Berufung eingereicht.

Im Zusammenhang mit den Flugzeugentführungen nach Jordanien im September 1970 verlangten die Palästinenser von den Israeli, in Austausch gegen die in Zerka zurückgehaltenen Geiseln, 54 Gefangene freizulassen, unter denen sich auch Bruno Breguet befand. Die Israeli hatten aber, wie unserem Botschafter in Tel-Aviv einmal gesagt wurde, nie einen Anlass gehabt, die Freilassung dieses Schweizer oder anderer Terroristen ernsthaft zu diskutieren oder gar zu beschliessen.

Da ein Insistieren der Palästinenser auf Freilassung Breguets eine mögliche Begnadigung erschweren könnte, fragt sich unser Botschafter in Tel-Aviv, ob nicht über einen Kanal der Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPLP) gesagt werden sollte, dass es nicht im persönlichen Interesse von Breguet liege, wenn sie weiterhin mit Drohungen und Erpressungen seine Freilassung verlangen (siehe Kopie des Schreibens unserer Botschaft in Tel-Aviv vom 14. Dezember 1970 mit Beilage).